

## **Pressemitteilung**

Berlin den 26.10.2023

### **Erstes Zufluchtswohnungsprojekt in Berlin feiert Jubiläum**

#### **Seit 40 Jahren vermittelt ZUFF e.V. Schutzwohnungen an Frauen\* und Kinder aus Gewaltsituationen**

Der Verein Zufluchtswohnungen für Frauen\*, ZUFF e.V., feiert 2023 seinen 40. Jahrestag. Seit 1983 vermittelt ein Sozialarbeiter\*innen Team anonyme Schutzwohnungen an Frauen\* und Kinder aus Not- und häuslichen Gewaltsituationen. Schutz finden hier seit 2018 auch explizit trans\* Frauen.

Das erste Zufluchtswohnungsprojekt Berlins, entstanden aus einer Kreuzberger Frauenselbsthilfegruppe, wurde immer weiterentwickelt und ist heute ein wichtiger Teil einer differenzierten Helfelandschaft in Berlin und ein herausragendes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement, das auch heute noch Mut machen kann und soll.

Die Schutzwohnungen bieten insgesamt 31 Plätze. Die Mitarbeiter\*innen unterstützen die Frauen\* und Kinder. Sie helfen ihnen, die Selbstbestimmung über das eigene Leben zurückzugewinnen und eine neue Perspektive zu entwickeln. ZUFF e.V. berät Frauen\* unter anderem bei der finanziellen Absicherung sowie der Erlangung einer gesicherten Bleibeperspektive.

Seit 40 Jahren wird die Arbeit von ZUFF e.V. durch den Senat von Berlin finanziell unterstützt.

Offen bleibt der Mehrbedarf, den das Team jedes Jahr anmeldet unter anderem die fehlenden Mittel für Sprachmittlung.

ZUFF e.V. entwickelte sich mit den Mitarbeiter\*innen und den sich ständig verändernden Herausforderungen der Bewohner\*innen und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ständig weiter.

Eine einschneidende Veränderung in den letzten Jahren stellt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Zufluchtswohnungen dar. Diese ist in den letzten Monaten von neun auf 13 Monate gestiegen. Grund dafür ist der angespannte Wohnungsmarkt verbunden mit struktu-

reller Diskriminierung bestimmter Gruppen. So werden Frauen\*, deren Aufenthaltserlaubnis weniger als 12 bis 18 Monate beträgt, systematisch vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen. Einige Wohnungsbaugesellschaften vermieten grundsätzlich nicht an Menschen, die von Transferleistungen leben und/oder verschuldet sind. Auch führen rassistische Zuschreibungen dazu, dass Frauen\* ohne »deutschen« Namen keine Besichtigungstermine bekommen. Langwierige bürokratische Abläufe sind weitere Hürden. Ein Erfolg dieser Arbeit und ein großer Kraftakt ist es, dass trotz alledem die meisten der Bewohner\*innen in eine eigene Wohnung zu ziehen.

## Fakten

In den letzten 40 Jahren lebten bei ZUFF e.V. **2673** Bewohner\*innen im Alter zwischen 18 bis 69 und **2375** Kinder, darunter 17 Neugeborene.

Rund **60%** aller Bewohner\*innen bei ZUFF hatten keinen sicheren Aufenthaltsstatus, bzw. keine langfristige, feste Bleibeperspektive. Rund **85%** aller Bewohner\*innen sind vorübergehend auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Die meisten von ihnen sind von Mehrfachdiskriminierung betroffen und erfahren neben häuslicher Gewalt und Sexismus auch Rassismus, Trans- und Homophobie sowie Diskriminierung und Ausgrenzung auf Grund von Religionszugehörigkeit, Armut, Bildungshintergrund und infolge von körperlichen und psychischen Folgen von Traumata.

Das Team von ZUFF berät neben Deutsch in den Sprachen Arabisch, Englisch, Französisch und Türkisch.

Eine weitere Besonderheit ist die seit 2021 bestehende Öffnung für „ältere Jungs“, also Söhne von Bewohner\*innen, die älter als 13 Jahre sind.

Seit 2022 gibt es eine Zufluchtswohnung in der auch Haustiere erlaubt sind.

## Was wir für unsere Arbeit brauchen

Wir fordern zuallererst: Ein Ende der Gewalt!

Dazu benötigt es eine Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen, die Gewalt in all ihren Formen bedingt.

Wir fordern den Senat auf, hier mit Konzepten tätig zu werden für mehr Prävention gegen Gewalt im sozialen Nahraum.

Wir fordern den Senat auf, bei allen angekündigten Ambitionen im Zusammenhang mit dem Wohnungsmarkt die benachteiligten Zielgruppen nicht aus den Augen zu verlieren. Bezahlbarer Wohnraum muss auch diesem besonders vulnerablen Personenkreis zur Verfügung gestellt und die Wohnungskontingente im »geschützten Marktsegment« erhöht werden.

Wir fordern vom Berliner Senat stabile sozialpolitische Verhältnisse:

- Sensibilisierung von Vermieter\*innen in Bezug auf Diskriminierung vorantreiben
- Keine Kürzungen in Frauen-Arbeitsmarkt-Projekten und auch nicht bei Frauenzentren, die unsere Kooperationspartner\*innen sind.
- Keine Kürzungen im Jugend- und Suchtbereich!
- Finanzielle Unterstützung für Sprachmittlung für Zufluchtswohnungsprojekte
- Finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der Istanbul Konvention.

Kontakt: Ulrike Legner-Bundschuh (Vorstand) 0176 10287806

ZUFF Büro Telefon: 030/6946067

